

Die Zukunft der “anti-Globalisierungs-Bewegung”

Einige erste Ueberlegungen mit dem Ziel, ihre theoretischen Grundlagen zu festigen

François Chesnais, Claude Serfati, Charles-André Udry

Es handelt sich um einen Beitrag an der internationalen Konferenz von La Villette (30. November – 2. Dezember 2000 – ein Jahr nach Seattle) zur Debatte über die “anti-Globalisierungs-Bewegung” als anti-kapitalistische und anti-imperialistische Bewegung.

Die Diskussionen an der Konferenz von La Villette werden sehr reichhaltig, gleichzeitig aber auch sehr verzettelt sein. Deshalb fassen wir hier in einem synthetischen Text gemeinsame Überlegungen zusammen, die wir mit möglichst vielen aktiven Mitgliedern der “anti-Globalisierungs-Bewegung” teilen möchten – in La Villette, aber auch bei anderen Anlässen (The Other Davos, 26. Januar 2001, Zürich). Das Ziel dieses Textes ist es, Austausch und Debatten zu stimulieren. Wir hoffen, dass er in diesem Geist gelesen wird.

1. Einleitung

“Hat die anti-Globalisierungs-Bewegung eine Zukunft?” So lautete die Aufschrift auf der Frontseite einer französischen Zeitschrift im vergangenen Monat November. Wir wollen uns hier nicht länger mit der Bezeichnung beschäftigen, die unsere Gegner für eine Bewegung verwenden, die zweifellos einen internationalen Charakter hat (sich also selbst “globalisiert”), jedoch bewusst gegen ein internationales Wirtschaftssystem kämpft, das die Gegenwart und die Zukunft der Völker dem Markt und dem Profit unterwirft. Selbstverständlich kann die von der Zeitschrift aufgeworfene Frage nur mit Ja beantwortet werden. Die Bewegung hat bisher zumindest zwei grosse Erfolge feiern können – den Rückzug des Projekts eines Multilateralen Abkommens über Investitionen (MAI) sowie das Scheitern der geplanten multilateralen Handelsliberalisierungsrunde der WTO in Seattle. Anzufügen gilt es die Kampagne zugunsten der Tobin-Steuer, die ATTAC vor drei Jahren lanciert hat. Sie hat bereits zu einigen interessanten politischen Resultaten geführt, die es Wert sind, kurz erwähnt zu werden.

Bisher hat noch kein Land und keiner der grossen Wirtschafts- bzw. Währungsräume die Tobin-Steuer eingeführt. Doch im Rahmen der Kampagne ist es geglückt, eine Reihe politischer, sozialer, fiskalischer und verteilungsspezifischer Fragen weitgehend zu klären. Eine steigende Anzahl von OekonomInnen und PolitikerInnen – von denen die Mehrheit nicht sehr radikale Positionen vertritt – anerkennt heute, dass die Einführung einer Tobin-Steuer technisch machbar ist und zur Stabilisierung der internationalen Finanz beitragen würde.¹ Doch die “grossen Entscheidungsträger auf Weltebene” und ihre Wasserträger kümmern sich wenig um die Machbarkeit der Steuer. Sie lehnen sie aus zwei Gründen kategorisch ab. Zum einen würde die Einführung der Tobin-Steuer als eine bedeutende Konzession gegenüber einer breiten internationalen Bewegung “von unten” erscheinen - gegenüber einer demokratischen und sozialen Bewegung, die in der Bevölkerung viel Unterstützung geniesst. Zum anderen könnte sie als erster Schritt zur Einschränkung der totalen Freiheit der Investoren an den Finanzmärkten interpretiert werden. Doch ihre Ablehnung der Tobin-Steuer wird all jene, die für deren Einführung sowie ein der Globalisierung der Finanzmärkte angepasstes Steuersystem kämpfen, in ihrer Ueberzeugung weiter stärken. Sie wird zu einer vertieften Auseinandersetzung mit jenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mechanismen und Verhältnissen führen, die der internationalen Finanz zugrunde liegen. Jene PolitikerInnen und OekonomInnen in den Finanzministerien und anderen wirtschaftlichen Consulting-Büros, die im Namen der “unumkehrbaren Globalisierung” die parasitäre und räuberische Finanz verteidigen und die Realisierbarkeit der Tobin-Steuer bestreiten, werden weiter an Glaubwürdigkeit verlieren.

Doch es gibt Kampagnen der “anti-Globalisierungs-Bewegung”, die schwieriger zu führen sind. Manchmal sind die Fragen weniger klar umrissen. In anderen Fällen spielt sich die Auseinandersetzung auf einem Terrain ab, auf dem die BefürworterInnen der aktuellen Globalisierung – die sich unter der Herrschaft der transnationalen Konzerne und der Fondsgesellschaften der reichsten Länder der Welt entwickelt – viel mächtigere Mittel einsetzen können, um ihre Positionen zu verteidigen und Gegenangriffe zu starten. Auch können die Schwierigkeiten daher rühren, dass gewisse politische und gewerkschaftliche Organisationen sich zwar offiziell auf die Seite der “anti-Globalisierungs-Bewegung” stellen, in

¹ Der wissenschaftliche Beirat von ATTAC bereitet auf der Grundlage eines Berichts von Bruno Jetin eine neue Publikation zu dieser Frage vor. Darin geht es um eine Zusammenfassung der Argumente zugunsten der Realisierbarkeit der Tobin-Steuer sowie um eine Illustration der Schwächen der Position des französischen Finanzministeriums.

entscheidenden Momenten aber die entsprechende Weitsicht und / oder die politische Standhaftigkeit vermissen lassen. Ein Beispiel dafür ist die Umwandlung der Altersvorsorge bzw. die Förderung der Pensions- und Anlagefonds (kapitalgedeckte, individualisierte Altersvorsorge), diese von der Weltbank, der OECD und der Europäischen Union organisierte neo-konservative Gegenreform.

Dieser Text wird sich im Folgenden mit solchen Themen befassen, bei denen die Kampagnen schwieriger zu führen sind als bei der Tobin-Steuer. In einigen Fällen kommt man nicht darum herum, den Kampf auf dem Terrain des Gegners zu führen. Doch dann muss man sich bewusst sein, dass er häufig die Möglichkeit hat, die Lehren aus Fehlern und momentanen Niederlagen zu ziehen und von Neuem in die Offensive zu gehen. So ist es zum Beispiel beim zurückgezogenen Projekt des MAI, dessen zentrale Aspekte nun in den WTO-Verhandlungen über die Liberalisierung im Dienstleistungsbereich wieder auftauchen.

Die verschiedenen Gruppen und Organisationen der “anti-Globalisierungs-Bewegung” haben im Zuge ihrer Aktivitäten begonnen, eine “internationale alternative Öffentlichkeit” aufzubauen – um einen Ausdruck von PolitologInnen zu bemühen. Hunderttausende Frauen und Männer wenden sich dieser Bewegung zu, deren Einheit noch unscharf ist, deren Ziele aber von derart lebenswichtiger Bedeutung sind. In kurzer Zeit hat die Bewegung sehr grosse Hoffnungen geweckt, die oft recht diffus sind. Der Wille, “eine andere Welt” zu errichten als jene, die uns die “Herrscher der Welt” aufzwingen, äussert sich in vielen Fällen auf konfuse, wenig bewusste Art und Weise. Dies zeugt sowohl vom Ende einer historischen Phase der traditionellen Arbeiterbewegung (die in den 1890er Jahren begann und in den 1980ern ausklang), als auch von den zahlreichen Niederlagen und Rückschlägen, die das Kapital auf internationaler Ebene den Lohnabhängigen und ihren Organisationen zugefügt hat.

Das ändert nichts daran, dass die Erwartungen beinahe unbegrenzt sind. Um sie nicht zu enttäuschen, ist es höchste Zeit, eine Diskussion über die Festigung der theoretischen Grundlagen der Bewegung und über die Klärung ihrer politischen Grenzen zu beginnen. Dies sollte es ermöglichen, dass man sich weniger häufig auf das Terrain des Gegners begeben muss, um ihn zu bekämpfen. Das Ziel besteht darin, den Blickwinkel und die Postulate des herrschenden Diskurses zurückzuweisen und klarer sagen zu können, wie “eine andere Welt möglich ist”. Auch sehen wir uns mit der dringlichen Notwendigkeit konfrontiert, auf europäischer und weltweiter

Ebene einen Raum für soziale und gewerkschaftliche Diskussionen und Aktionen zu schaffen.

Die Tatsache, dass zwei der Organisationen, die zu diesem Treffen eingeladen haben – nämlich Espaces Marx und Actuel Marx - , sich auf die theoretische Arbeit von Marx und Engels berufen, ist für uns ein zusätzlicher Grund, einen kurzen schriftlichen Beitrag zu verfassen. Wir sind der Meinung, dass die “anti-Globalisierungs-Bewegung” fähig sein muss, sich auf die von den grundlegendsten Kritikern des Kapitalismus erarbeiteten theoretischen Fundamente – deren Erneuerung natürlich im Lichte der Erfahrungen des 20. Jahrhunderts sowie der Entwicklung des gegenwärtigen Kapitalismus und Imperialismus unumgänglich ist - abzustützen und darauf zu bauen.

In dieser Perspektive wollen wir all jenen, die nach La Villette gekommen sind, sowie allen anderen, die sich über die Diskussionen informieren werden, die folgenden Ueberlegungen vorlegen. Sie sollen der Lancierung einer Diskussion dienen. Auf Grund der Teilnahme weiterer Personen an dieser Diskussion werden sich die Fragestellungen und die skizzierten Antworten bestimmt weiterentwickeln. Unser Beitrag befasst sich fast ausschliesslich mit Kampagnen in den führenden kapitalistischen Ländern. Weshalb? Weil wir uns an einen der wichtigsten Grundsätze des Internationalismus halten, nach dem man die politische Diskussion und Arbeit “in seinem eigenen Land” beginnen muss. Für uns bedeutet das nicht Frankreich, Deutschland, Belgien und die Schweiz, jedes Land für sich allein genommen, sondern die Gesamtheit der führenden kapitalistischen Länder, insbesondere die Länder der Europäischen Union.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass an der internationalen Konferenz von La Villette verschiedene Stellungnahmen verabschiedet werden: zum Kampf der PalästinenserInnen; zum kolumbianischen Bürgerkrieg (in dem die Bauern und die verarmte Mehrheit der Bevölkerung einer alteingesessenen Oligarchie gegenüber stehen, zu der heute auch die Anführer des Drogenbusiness gehören); zum von den USA bereits gestarteten Plan Colombia; und wahrscheinlich auch zur Repression in Brasilien, die täglich das Leben vieler Leader und Mitglieder des MST (Landlosenbewegung) bedroht, die einen in Brasilien so unverzichtbaren Kampf für die Landreform führen, und sie den Grossgrundbesitzern sowie der Regierung Cardoso ausliefert. Alle diese Initiativen unterstützen wir. Doch das Ziel unseres Beitrages ist es, einige Fragen im Zusammenhang mit jenen

Kampagnen zu klären, die in den zentralen Ländern des internationalen kapitalistischen Herrschaftssystems stattfinden.

2. Die Infragestellung der “Diktatur der Märkte”² vertiefen

Es ist von sehr grosser Bedeutung, dass die politische Kampagne gegen die WTO sowie die Kundgebungen im November 1999 in Seattle und so vielen anderen Städten unter dem Schlagwort “Die Welt ist keine Ware” organisiert wurden. Sowohl die Dereglementierung der Investitionen und des Handels als auch die Wiederauferstehung der extremsten Formen der Fetischismen der Finanzwelt haben tatsächlich zu einer Verschärfung des der Ware innewohnenden Fetischismus geführt. Je weiter sich der geopolitische Raum ausweitet, in dem sich das Kapital frei bewegen kann, um sich zu “ernähren”, zu produzieren und mit Gewinn zu verkaufen (was in den letzten Jahren “dank” der neokonservativen Gegenrevolution und ihren Verbündeten geschehen ist), und je stärker Unternehmen von sehr unterschiedlicher Kraft, und mit ihnen ihre Lohnabhängigen, auf sehr grosse Distanzen und sogar ausgehend von virtuellen Orten in Konkurrenz zueinander gesetzt werden, desto ausgeprägter “nimmt das bestimmte gesellschaftliche Verhältnis der Menschen selbst die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen an”.³ Mehrere Jahrzehnte lang ist die Arbeiterbewegung insbesondere in den alten Industrieländern Europas (England, Frankreich, Italien) der Illusion verfallen, mit Hilfe der nach der unvollendeten Revolution von 1944-45 errichteten gesellschaftlichen und politischen Institutionen sei es möglich, den der Ware und dem Geld innewohnenden Fetischismus unter Kontrolle zu halten. Im Rahmen der Globalisierung des Kapitals sind diese Illusionen auf brutale Weise weggefeigt worden. Heute zwingt sich “das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit” den Erwerbstätigen erneut, und mit verstärkter Gewalt, “als ein ausser(halb von) ihnen existierendes Verhältnis von Gegenständen” auf.

Die Parole “Die Welt ist keine Ware” hat also den grossen Vorteil, die politische Bewegung gegen die Globalisierung als Gegnerin der kapitalistischen Kräfte zu positionieren. Diese sind soweit immer möglich

² *Marchandisation* im Original. Gemeint ist die Ausdehnung des Warencharakters und der Marktmechanismen auf bisher davon zumindest teilweise ausgenommene Bereiche, Güter, Dienstleistungen bzw. einzelne Aspekte davon.

³ Marx, Das Kapital, Band 1, Kapitel 1 (4. Der Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis)

bestrebt, die Wirtschaft zu einer autonomen Sphäre zu erheben, die über der Gesellschaft steht und sich im Namen des Vorrangs und der Ueberlegenheit des Marktes der Kontrolle durch die Völker entzieht. Die in Seattle entstandene Bewegung muss sich also der Herausforderung stellen, neuartige Verhältnisse unter und zwischen den Lohnabhängigen und Bauern der verschiedenen Länder zu schaffen. Verhältnisse, die die Anonymität und die Exteriorität des Warentausches einschränken oder sogar abschaffen, so dass die internationale Arbeitsteilung und der Welthandel Ausdruck von Beziehungen werden können, die von ProduzentInnen, die ihre Existenz- und Arbeitsbedingungen (was oft verkürzt ihre “Produktionsmittel” genannt wird) selbst beherrschen, nach freiem Gutdünken gepflegt und entwickelt werden. Verhältnisse, die es ihnen erlauben würden, die Arbeit zwischen einer “befreiten Zeit” (deren Verwendung ständig wieder neu und anders erfunden würde) und einer der Produktion gewidmeten Zeit (die ebenfalls bereichert wäre, da sie auf der freien Initiative aller aufbauen würde) aufzuteilen.

In den Grundrissen von Marx ist eine für die damalige Zeit kühne Perspektive – oder Vorwegnahme – zu finden, die genau das umschreibt, nach dem die “anti-Globalisierungs-Bewegung” strebt und was sie erreichen muss: Marx schreibt vom Weltmarkt als Ort, wo “sich der Zusammenhang des einzelnen mit Allen, aber auch zugleich die Unabhängigkeit dieses Zusammenhangs von den Einzelnen selbst zu einer solchen Höhe entwickelt hat, dass seine Bildung zugleich schon die Uebergangsbedingungen aus ihm selbst enthält” und die Möglichkeit einer “wirklichen Gemeinschaftlichkeit und Allgemeinheit” in sich trägt.⁴ Die Beziehung der direkten ProduzentInnen zu ihren Arbeitsmitteln und –verhältnissen, sowie die Veränderungen, die diese Beziehung erfährt, gehören zu den zentralen Konzepten der Analyse von Marx, sei es in den Grundrissen oder im Kapital.⁵ Dass dies zugleich eines seiner aktuellsten Konzepte ist, wird heute in allen Kämpfen gegen die kapitalistische Herrschaft ersichtlich. Frei assoziierte ProduzentInnen, denen die politischen und juristischen Mittel zur Beherrschung ihrer Arbeitsbedingungen zugestanden würden bzw. die sich diese erkämpfen würden, sähen sich in der Lage, über die Ziele der Produktion zu entscheiden, die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse auf Grund demokratisch gewählter Prioritäten zu bestimmen, die Arbeit zwischen einer freien Zeit und einer der Produktion gewidmeten

⁴ Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Oekonomie (1857/58), Teil 1, Seite 94.

⁵ Siehe zum Beispiel Das Kapital, Band 1, Kapitel XXXII. Die Tatsache, dass die Umsetzung der “Negation der Negation” komplexe politische Fragen aufwirft, die bisher alles andere als gelöst sind, schmälert die analytische Bedeutung dieses Abschnitts in keiner Weise.

Zeit aufzuteilen und die Gräben zwischen Planungs- und Ausführungsarbeit zu überwinden.

3. Die Zusammenhänge zwischen der Beziehung der ProduzentInnen zu ihren Arbeitsbedingungen und den Eigentumsverhältnissen

Ausgehend von der zentralen Bedeutung der Beziehung der ProduzentInnen zu ihren Arbeitsbedingungen – wobei Arbeit auch als Produktion von Zeit, zeitlichen Massstäben und Raum (vom Wohnungsraum bis zu den Transportmitteln) verstanden werden muss – sehen wir uns unweigerlich mit dem Problem des Eigentums der Produktions-, Kommunikations- und Tauschmittel (Geld) konfrontiert. Die Eigentumsfrage ist nicht etwa ein abscheulicher Fetisch der konsequentesten AntikapitalistInnen, die mit ihrem Beharren auf diesem Problem sich als Dinosaurier der Ideengeschichte, als unverbesserliche MarxistInnen entlarven. Wenn man wirklich das Ziel verfolgt, die demokratische Frage par excellence anzugehen – die Kontrolle der assoziierten ProduzentInnen über die Arbeitsmittel, die durch ihre Intelligenz und ihre Arbeit angehäuft wurden -, dann stösst man unumgänglich auf das Problem des Eigentums der Produktions-, Kommunikations- und Tauschmittel. Die Eigentumsfrage taucht unmittelbar auf, wenn wir uns auf nationaler Ebene mit der effektiven Kontrolle der Arbeitszeit beschäftigen, oder mit den Zielen des Service public und der Befriedigung der tatsächlichen gesellschaftlichen Bedürfnisse, oder – auf internationaler Ebene – mit dem Problem der Kontrolle der Bedingungen des Handels zwischen den Völkern durch die BürgerInnen.

Das Problem des Eigentums der Produktions-, Kommunikations- und Tauschmittel würde sich vielleicht heute nicht derart zuspitzen, wäre der Besitz dieser Mittel nicht in einem in der Geschichte des Kapitalismus unerreichten Ausmass konzentriert, in den Händen der Mitglieder und / oder Funktionäre einer zahlenmässig sehr kleinen Klasse, die erste Züge einer im Finanzkapital verwurzelten globalisierten imperialistischen herrschenden Klasse aufweist - wie Marx es vorausgeahnt hatte. Es ist eine Folge dieser Konzentration, dass sämtliche Entscheidungen im Zusammenhang mit der Verwendung dieser Mittel den Strategien der Wertvermehrung des Kapitals und der Organisation der gesellschaftlichen Herrschaft dieser Klasse unterworfen werden. Dies ist gesellschaftlich und politisch umso weniger tolerierbar, als es sich um das Resultat der Ueberrumpelung durch eine eigentliche Gegen-Revolution handelt, die allzu viele Leader der traditionellen Arbeiterbewegung mit einem

demoralisierenden Fatalismus hinnehmen. Die “anti-Globalisierungs-Bewegung” ist nicht zuletzt auch als Reaktion auf diesen Fatalismus entstanden.

Tag für Tag verschärft sich die Konzentration des Eigentums der Produktions-, Kommunikations- und Tauschmittel im Zuge eines vor unseren Augen ablaufenden Zentralisationsprozesses, und diese Tatsache verbietet es der “anti-Globalisierungs-Bewegung”, die Augen davor zu verschliessen oder die Frage länger hinauszuschieben. Die Kritik des Warenfetischismus und der “Diktatur der Märkte” würde sehr schnell an eine Grenze stossen, wenn sie sich weiterhin einzig auf dem Niveau der Handelsbeziehungen und der WTO bewegen würde und wenn die “anti-Globalisierungs-Bewegung” sich nur mit Fragen der Organisation der Märkte beschäftigte.

Sowohl das ausserordentliche Ausmass der Konzentration und Zentralisation im Bereich von Finanz, Industrie und Handel und die monopolistische Macht der riesigen industriellen Gruppen, als auch die sehr bedeutende institutionelle Kraft, die der Vertrag von Marrakesch der WTO garantiert, setzen einer “Kontrolle der WTO durch die BürgerInnen” sehr enge Grenzen, solange sich diese Kontrolle einzig auf den Handel und die Märkte bezieht. Dieser Sachverhalt untergräbt die Glaubwürdigkeit von Kampagnen, die allein auf dieser Ebene geführt werden. Die WTO muss mit aller Kraft bekämpft werden. Im Moment sollte für die “anti-Globalisierungs-Bewegung” die Vorbereitung der Liberalisierung, Dereglementierung und Privatisierung des Service public im Rahmen des Dienstleistungsabkommens der WTO im Vordergrund stehen. Wir sehen uns hier mit einer extrem schwerwiegenden Ausdehnung der “Warensphäre” in Richtung lebenswichtiger Dienstleistungen – allen voran Bildung und Gesundheit – sowie der Kultur konfrontiert.⁶

Das Dienstleistungsabkommen der WTO gilt es mit allen Mitteln der Mobilisierung und der demokratischen Ausübung von politischem Druck, die den Lohnabhängigen und den Ausgeschlossenen noch zur Verfügung stehen, zu bekämpfen. Dabei müssen auch politische und philosophische Grundlagen der Verteidigung des Service public sowie der ihm zugrunde liegenden Formen öffentlichen Eigentums von Neuem erarbeitet werden. Was die Europäische Union betrifft, so schliesst der Kampf gegen das Dienstleistungsabkommen unmittelbar mit ein zu verhindern, dass die

⁶ Siehe dazu die Broschüre der Coordination pour le contrôle citoyen de l'OMC: *Alerte générale pour la capture des services publics* (April 2000)

entsprechenden Verhandlungen unter den Artikel 133 der Verträge von Maastricht und Amsterdam fallen, der die Kompetenzen der einzelnen Länder zurückstellt und die totale Handlungsfreiheit (handelspolitische Verhandlungsfreiheit) der politisch unverantwortlichen hohen Funktionäre der Kommission garantiert. Obschon die Zeit knapp ist, darf die Kampagne nicht auf das Problem der Souveränität beschränkt werden.

Im Herzen des Neoliberalismus finden wir die bis zu ihren vollständigen – das heisst extremen – Schlussfolgerungen getriebene Verherrlichung des “Individualismus der Eigentümer”⁷, eines vollständig auf das Privateigentum fixierten Individualismus. Das Industrie- und Medienreich von Vivendi ist die Krönung davon, um ein den Französinen und Franzosen gut bekanntes Beispiel zu nennen. Wir sind der Meinung, dass es heute für die BürgerInnen – die Lohnabhängigen, Arbeitslosen, Jugendlichen – unmöglich ist, die Globalisierung zu bekämpfen und ihr eine andere Gesellschaft entgegenzustellen, ohne dass die “anti-Globalisierungs-Bewegung” tiefer ansetzt und die Eigentumsfrage von Neuem stellt.

4. Eigentumsformen: legitime Frage für das Kapital, Tabu für die Lohnabhängigen ?

Die gesellschaftliche, kollektive Beherrschung der Handelsbeziehungen zwischen den Völkern sowie der Arbeitsorganisation und der Befriedigung der dringlichen gesellschaftlichen Bedürfnisse setzt voraus, dass die Frage der Formen des Eigentums der Produktions-, Kommunikations- und Tauschmittel nicht mehr als Tabu betrachtet wird. Die Eigentumsfrage darf nicht mehr als ein Problem angesehen werden, das durch das Versagen und den Zusammenbruch des auf bürokratische und stalinistische Weise kollektivisierten Staatseigentums ein für alle Mal gelöst worden wäre - gegen den Kampf für die soziale Emanzipation und gegen die Arbeiterbewegung. Es gibt keinen Grund, diese Frage als Tabu zu betrachten. Wenn die “anti-Globalisierungs-Bewegung” nicht in einer Sackgasse enden und die Erwartungen all jener, für die Seattle etwas bedeutet hat, enttäuschen will, dann müssen seine Mitglieder theoretisch und politisch die Eigentumsfrage (wieder) in Angriff nehmen.

Dies ist umso wichtiger, als das Bürgertum weltweit in seinen verschiedenen nationalen und sektorspezifischen Komponenten kein Geheimnis aus der

⁷ Siehe dazu die grundlegende Arbeit von C.B. Macpherson: *The theory of possessive individualism*.

Bedeutung macht, die es den Formen des Eigentums von Kapital zumisst. Zunächst fällt auf, mit welcher Wucht die grossen Industrie- und Finanzkonzerne – im Einklang mit den ihnen dienenden Medien und den internationalen Institutionen des Kapitalismus – eine Kampagne nach der anderen gegen das, was an öffentlichem Eigentum noch übrig bleibt, lancieren. Sie verlangen von den Regierungen, alle Bereiche zu öffnen und zu privatisieren, die noch nicht direkt der Kapitalakkumulation unterworfen sind. Und zwar auch bei jenen öffentlichen Diensten von zentraler Bedeutung, die zuvor von chronisch mangelnden Investitionen geprägt waren und in denen das öffentliche Eigentum während einem halben Jahrhundert die Funktion einer permanenten Unterstützung der Kapitalakkumulation wahrgenommen hat. Die Ausdehnung des Privateigentums, dessen Formen, die dem Finanzkapital am besten dienen, steht also im Zentrum ihrer Forderungen.

Weiter stellen wir fest, dass die Frage der Eigentumsformen bei den Kontrollstrategien der Pensions- und Anlagefonds über die Unternehmen zentral ist. Eines der wichtigsten Probleme liegt in der Durchsetzung neuer und immer gravierenderer Formen der Herrschaft der Finanz über die Lohnabhängigen (in Frankreich denke man nur an den Fall Michelin). Seit zehn Jahren beobachten wir also auch im Bereich des Privatkapitals selbst (auch in Unternehmen, die immer privat waren) eine vollständige Veränderung der Definition von Eigentum, der “Rechte”, die es verschafft (wobei jene der Aktionäre allmächtig geworden sind) und der Erwartungen, die Aktionäre “legitimerweise” in Bezug auf die Rentabilität ihres Anteils am Eigentum haben dürfen.⁸ Diesbezüglich stützt sich die “konservative Gegen-Revolution” auf die Wiederbelebung einer sehr speziellen Institution des Kapitalismus: der Sekundärmarkt für den Handel mit Wertpapieren. Diese Institution garantiert den Aktionären - ausser bei schweren Finanzkrisen - die “Liquidität” ihrer Wertpapiere, die Möglichkeit, sich jederzeit nach Wunsch von diesem Teil ihres Eigentums zu trennen, das die Form von Beteiligungen an verschiedenen Unternehmen angenommen hat. Weil das Eigentum der Titel “liquid” geworden ist, müssen – aus Sicht der Aktionäre – auch das physische Kapital und vor allem die Lohnabhängigen über denselben “liquiden” Charakter, dieselbe Flexibilität verfügen und nach Wunsch abgestossen werden können. So überrascht es nicht, dass diese Märkte zum Schauplatz der Auseinandersetzungen zwischen mächtigen Koalitionen des Finanzkapitals geworden sind, sowie zu einem Hebel

⁸ Diesbezüglich sei auf die Bemerkungen von Frédéric Lordon zur “scheusslichen Utopie der Demokratie der Aktionäre” verwiesen (Frédéric Lordon: *Fonds de pension, pièges à cons?* Liber Raisons d’agir, 2000).

beschleunigter Zentralisation und Konzentration der Unternehmen und – wohl vermerkt – zu einem wesentlichen Instrument der Privatisierungen.

Schliesslich sollten wir nicht vergessen, dass die Institution des Privateigentums im Rahmen der Globalisierung ein Instrument der Zerstörung der Industrie und der Landwirtschaft der am wenigsten “wettbewerbsfähigen” Länder darstellt. Im Zuge der Globalisierung erlangen die am stärksten konzentrierten Formen der privaten Aneignung der Produktionsmittel freie Bahn, um ältere Eigentumsformen sowie kleinere und weniger finanzstarke Unternehmen zu zerstören. Ueber die Liberalisierung und Dereglementierung der Investitionen und des Handels sowie die Oeffnung aller Märkte für die mächtigsten Konzerne hat die Globalisierung des Kapitals den Niedergang des noch bestehenden bäuerlichen und handwerklichen Kleineigentums beschleunigt. Die Enteignung ist die logische Folge, die Kehrseite der Aneignung. Wenn es darum geht, im allgemeinen Interesse öffentliche Dienstleistungen zu schaffen oder zu stärken, gilt die Enteignung als ein Greuel. Doch wenn sie aus dem “freien Wettbewerb” resultiert, wird sie als eine wirtschaftliche Wohltat und als Ausdruck der “natürlichen Gesetze der Wirtschaft” betrachtet.

Die Eigentumsfrage darf kein Tabu bleiben. Die “anti-Globalisierungs-Bewegung” und die Arbeiterbewegung müssen sich erneut damit beschäftigen. Um diese Debatte in unseren Reihen zu lancieren, legen wir hier im Folgenden, kurz gefasst, einige erste Ueberlegungen vor. Das gesellschaftliche Eigentum⁹, von dem das öffentliche Eigentum und der öffentliche Sektor eine Variante darstellen, besitzt zwei Grundzüge: erstens den gesellschaftlichen Charakter von Produktion und Handel¹⁰; zweitens die Idee eines Gemeinschaftsgutes¹¹ und eines allgemeinen Interesses jenseits des Individualismus und der durch die Verherrlichung des Privateigentums hervorgebrachten engstirnigen Verteidigung von Partikulärinteressen.

Was den ersten Aspekt angeht¹², so begründet der gesellschaftliche Charakter von Produktion und Handel die Notwendigkeit von

⁹ Im französischen Original wird der Ausdruck *propriété sociale* verwendet.

¹⁰ ... *le caractère social de la production et de l'échange* ...

¹¹ Im französischen Original wird der Ausdruck *bien commun* verwendet.

¹² Wir wollen uns hier vor allem darauf beschränken, denn wir möchten keine Paraphrase der Ueberlegungen von Riccardo Petrella zur Frage des Gemeinschaftsgutes (insbesondere im Bereich des Wassers) betreiben. Vermerkt sei nur noch die Notwendigkeit, in einer immer

Eigentumsformen, die diesem gesellschaftlichen Charakter gerecht werden. Sie müssen eine Lösung für das Problem der Reichtumsverteilung bieten, aber auch, und das ist mindestens ebenso wichtig, für Fragen im Zusammenhang mit dem Ziel der Aktivitäten. Ohne wirklich kollektive und demokratische Formen der Verwaltung und Kontrolle ist das gesellschaftliche Eigentum ein Betrug. Hier lag schon immer die Schwäche der Unternehmen und Institutionen des öffentlichen Sektors in den europäischen Ländern, lange bevor ihre Chefs – oft mit Unterstützung der Gewerkschaften - begonnen haben, diese perverse Politik umzusetzen, die darin besteht, den Service public im eigenen Land zu verteidigen und gleichzeitig im Ausland eine klassische kapitalistische Globalisierung ihres Unternehmens zu realisieren, inklusive Uebernahmen und Restrukturierungen von privatisierten ehemaligen Staatsunternehmen anderer Länder.

Insbesondere in den führenden kapitalistischen Ländern ist der gesellschaftliche Charakter von Produktion und Handel heute ausgeprägter als je zuvor. In ihm liegt das Geheimnis der “Netzwerk-Oekonomie”, mit all ihren “wertsteigernden Synergien”, von denen die Oekonomen derart schwärmen. Auf ihn stützen sich die Apologeten der Fusionen und Uebernahmen, um aus wirtschaftlicher Sicht, das heisst ihrer sozialen Position entsprechend, den Konzentrationsprozess zu rechtfertigen. Das Ziel der gesellschaftlichen Aneignung¹³ in ihren unterschiedlichen Formen besteht darin, es all jenen zu erlauben, deren direkte oder indirekte Aktivitäten (zum Beispiel wissenschaftliche und technologische Forschung oder Schulunterricht und Erziehung) und Arbeit als Lohnabhängige zur Reichtumsproduktion in Form von Interaktionen, Synergien und vielfältiger Kooperation beigetragen haben, nicht nur anders als im heute durch die Aktionäre und “die Märkte” diktierten Rahmen an der Reichtumsverteilung teilzuhaben, sondern auch in Bezug auf die weiteren Verwendungszwecke des kollektiv produzierten Reichtums mitzubestimmen (Investitionen, Transfer in Entwicklungsländer u.a.). Denn es gibt kein gesellschaftliches Eigentum im wahren Sinne des Wortes ohne tatsächliche Verwaltung und Kontrolle durch alle BürgerInnen. In manchen Fällen wird es sich um Formen der Verwaltung und Kontrolle handeln, die nur die Lohnabhängigen

stärker den Marktmechanismen unterworfenen Welt die Forderung eines unentgeltlichen Zugangs zu grundlegenden Dienstleistungen wieder zu thematisieren. Diese Unentgeltlichkeit kostet die Gesellschaft natürlich etwas und wirft damit Fragen im Zusammenhang mit den Eigentumsformen sowie der Verteilung des Mehrprodukts (*surproduit*) auf.

¹³ *Appropriation sociale* im französischen Originaltext. Gegensatz zur privaten Reichtumsaneignung (*appropriation privée*), entsprechend der Gegenüberstellung von Privateigentum (*propriété privée*) und gesellschaftlichem Eigentum (*propriété sociale*).

und die BenutzerInnen eines bestimmten Bereichs betreffen. Bei anderen Fragen muss die gesamte Bevölkerung mitentscheiden können. Die Anerkennung des gesellschaftlichen Charakters von Produktion und Handel bedeutet also, die Selbstverwaltung jedes Unternehmens und jeder Arbeitsstätte zu unseren Forderungen zu zählen und gleichzeitig als für sich allein genommen ungenügend zu betrachten.

Eine Perspektive der Transformation der Wirtschaft – und nicht einfach ihrer Verwaltung, selbst wenn diese bedeutende Verstaatlichungen vorsehen würde – setzt also voraus, den Kapitalismus nicht auf die Gegenüberstellung zwischen jenen, die befehlen, und jenen, die ausführen, zu reduzieren – auch wenn dieser Punkt von grosser Bedeutung ist. Anders gesagt: Die Frage eines zukünftigen Sozialismus¹⁴ darf nicht aus dem alleinigen Blickwinkel der Verwaltung, und sei es eine Selbstverwaltung, gestellt werden, sondern muss ausgehend von der Notwendigkeit / Möglichkeit der Ueberwindung der Ware, des Wertgesetzes und der Lohnabhängigkeit¹⁵ gedacht werden. Dies ist die Antwort auf das verallgemeinerte “in-Konkurrenz-setzen” aller Elemente des Kapitals (einschliesslich des variablen Kapitals: Lohnabhängige und Arbeitslose), das die Gesellschaft bis in ihre verborgensten Winkel prägt.

Ausgehend von derselben Perspektive gilt es auch, einen Bruch mit der Zusammenstellung und der Ausbeutung der Produktivkräfte durch das Kapital herbeizuführen, die zur Erschöpfung der energetischen Ressourcen führen. Dieses Problem liegt im Zentrum einer ökologischen und sozialistischen Perspektive.

Allein wenn eine Verknüpfung von demokratischer Verwaltung der gesellschaftlichen Aneignung und Ueberwindung der Ware, des Wertgesetzes und der Lohnabhängigkeit gelingt, ist eine grundlegende Erschütterung-Umwälzung der Wirtschaft möglich. Und nicht nur eine erneute Verwaltung derselben durch einen renovierten Kapitalismus – eine Perspektive, die von gewissen KritikerInnen des Sozial-Liberalismus manchmal mit aufrichtiger Ueberzeugung als realistischer Horizont eines demokratischen Sozialismus präsentiert wird.

Die Perspektive, die wir zum Nachdenken und Diskutieren vorlegen, ist bestimmten aktuellen Entwicklungen des globalisierten Kapitalismus

¹⁴ *Socialisme-à-venir* im Originaltext.

¹⁵ ... *la nécessité/possibilité du dépérissement de la marchandise, de la loi de la valeur et du salariat.*

keineswegs fremd. Sie quillt aus bestehenden Formen der Planung der weltweiten Produktion der grossen Konzerne, ihre Mutter- und Tochtergesellschaften, hervor; aus den Praktiken der Verwaltung-Erfassung-und-Gestaltung der individuellen Bedürfnisse durch die grossen Detailhandelsketten (mit Hilfe der Treuekarten und der Schein-Rabatte-Karten); aus den Umwandlungen des Lohnverhältnisses (die Schein-Selbständigen). All dies sind Elemente, und man könnte weitere aufzählen, die die Aktualität der vorskizzierten Perspektive belegen: Sie beruht auf der inneren Entwicklung des kapitalistischen Produktionsmodus in seiner imperialistischen Phase eines vorwiegend von der Finanz geprägten Akkumulationsregimes.

5. Der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit und seine Konsequenzen

Für viele Gruppen und Organisationen der “anti-Globalisierungs-Bewegung” ist es ein zentrales Anliegen, Lösungen für die Massenarbeitslosigkeit und jene politischen und sozialen Plagen, die die mit ihr einhergehende Ent-Sozialisierung verursacht, zu finden. Die Ursachen der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit liegen in den Liberalisierungs-, Dereglementierungs- und Privatisierungsmassnahmen der aktuellen Phase der Globalisierung des Kapitals, in der steigenden Konzentration des Eigentums und in der Unterwerfung der produktiven Aktivitäten unter immer unerträglichere Anforderungen maximaler Wertsteigerung. Dort wo es keine Massenarbeitslosigkeit gibt, findet man das Phänomen der “Working Poor” und die unzähligen Mechanismen der Ausbeutung einer “flexiblen” und jederzeit verfügbaren Arbeit, deren hauptsächliches Opfer die Frauen sind.

Doch auch in diesem Punkt sollte die “anti-Globalisierungs-Bewegung” versuchen, die theoretischen Grundlagen des Problems zu klären. Hier könnte einer der Gründe liegen, weshalb die beiden Gesetze über die 35-Stunden-Woche in Frankreich jenseits von jeglicher Kontrolle der Lohnabhängigen über ihre Arbeitsbedingungen durchgesetzt wurden. Diese Gesetze schliessen jegliche Kontrolle der Lohnabhängigen in Bezug auf die Leitung der (privaten, öffentlichen und bald privatisierten) Konzerne aus, da diese eine Verletzung der Kompetenzen des Managements sowie der Rechte der heutigen und zukünftigen Aktionäre darstellen würde, wie es so schön heisst.

Die Existenz eines “Arbeitsmarktes” (der eigentlich segmentiert und vielfältig ist), das heisst eines organisierten sozialen Raumes, wo der Verkauf (oder der Verkaufsversuch) ihrer Arbeitskraft (mit ihren Inhalt an Intelligenz, Geschicklichkeit und körperlicher Kraft) durch jene, die keinen anderen Reichtum besitzen, stattfinden muss, gehört zu den Fundamenten des Kapitalismus: Der Arbeitsmarkt ist seine bedeutendste, entscheidende “soziale Institution”. Der Verkauf der Arbeitskraft erfüllt zwei Funktionen, die beide von zentraler Bedeutung für die gesellschaftliche Ordnung des Kapitalismus sind. Er ist eine Voraussetzung für die Aneignung der Resultate der lebendigen Arbeit in der Produktion (kein Mehrwert ohne Verkauf der Arbeitskraft). Zugleich ist er das Instrument der kapitalistischen gesellschaftlichen Herrschaft par excellence - jener Herrschaft, die soweit immer möglich ohne polizeiliche und juristische Repression funktionieren muss. Der Verkauf der Arbeitskraft stellt die wichtigste soziale Beziehung in der kapitalistischen Gesellschaft dar. Wer seine Arbeitskraft nicht verkaufen kann, gilt als “überflüssig”, wird an den Rand der Gesellschaft gedrängt, wenn nicht gerade ganz zum alten Eisen geworfen. Alle Lohnabhängigen verinnerlichen die Angst davor, eines Tages dieses Schicksal zu erleiden. Die Verinnerlichung dieser Angst verschärft alle Aspekte der Unterdrückung der Frauen und erlaubt die Fortführung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen auch dann, wenn gegenteilige Gesetze erlassen werden.

Kurzfristig gesehen sind die Lösungen für die Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen Ausschlussmechanismen in der Wieder-Aneignung eines Sektors gesellschaftlichen Eigentums, der diesen Namen verdient, zu suchen. Doch der Neoliberalismus lässt sich nur dann ernsthaft bekämpfen, wenn wir die Gesellschaftskritik vertiefen, wenn die “anti-Globalisierungs-Bewegung” wirklich die Zukunft ins Visier nimmt und die Kritik der gegenwärtigen Verwendung der Technologie mit einer Kritik des Kapitalismus verbindet.

Heute mehr denn je lebt das Privateigentum von der Aneignung der Resultate von Organisationsformen der Produktion, in deren Zentrum der Kauf von Arbeitskraft zum tiefstmöglichen Preis und vielfache Versuche zur Einsparung der eingesetzten Lohnarbeit zu finden sind. Doch dies geschieht zu einem Zeitpunkt, in dem die Befreiung von der Lohnarbeit, die Ueberwindung der den Zwängen des Arbeitsmarkts und den Ängsten der Arbeitslosigkeit unterworfenen Arbeit, die die Akzeptanz der kapitalistischen Hierarchie erzwingt, möglich geworden ist. Marx schrieb

von 150 Jahren, als er die vom Kapitalismus ausgelöste technologische Entwicklung beobachtete und über die Zukunft nachdachte: “Das Kapital ist selbst der prozessierende Widerspruch (dadurch), dass es die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren strebt, während es andrereits die Arbeitszeit als einziges Mass und Quelle allen Reichtums setzt. (...) Nach der einen Seite hin ruft es also die Mächte der Wissenschaft und Natur, wie der gesellschaftlichen Kombination und des gesellschaftlichen Verkehrs ins Leben, um die Schöpfung des Reichtums unabhängig (relativ) zu machen von der auf sie angewandten Arbeitszeit. Nach der andren Seite will es diese so geschaffnen riesigen Gesellschaftskräfte messen an der Arbeitszeit, und sie einbannen in die Grenzen, die erheischt sind, um den schon geschaffnen Wert als Wert zu erhalten.”¹⁶

Genau dies ist das Ziel, das die nationalen und internationalen Unternehmen und kapitalistischen Organisationen seit dem Auftauchen und der Ausdehnung dessen, was meistens als “mikro-informatische Revolution” bezeichnet wird, mit enormem Aufwand verfolgen. Diese Technologien, die der Befreiung von der Arbeit und der Bewahrung der natürlichen Ressourcen dienlich sein könnten, werden in einer Art und Weise eingesetzt, durch die der Verkauf der Arbeitskraft mehr denn je als die “natürliche” Stütze der gesellschaftlichen Ordnung fungiert. Als Element, dass wir alle verinnerlichen müssen, das Teil unseres Habitus, Teil von uns selbst werden muss.

Ein erster Schritt zur Umkehrung der Herangehensweise an das Problem der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit muss darin bestehen zu sagen, dass das Ziel in der Beherrschung der Arbeitsbedingungen durch die ProduzentInnen besteht; zu fordern, dass die Formen des Eigentums der Produktionsmittel dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion gerecht werden müssen; für den Erhalt und den Ausbau der öffentlichen Dienste zu kämpfen. Doch es ist notwendig, einen Schritt weiter zu gehen. Man muss nicht nur aufzeigen, dass die gesellschaftliche und politische Herrschaft der Minderheit über die Mehrheit, die sich auf den Verkauf bzw. Nichtverkauf der Arbeitskraft (Arbeitslosigkeit und Angst vor der Arbeitslosigkeit) stützt, auf Grund der verstärkten Polarisierung der Reichtumsverteilung zugenommen hat - sondern auch, dass dies zu einem Zeitpunkt geschehen ist, in dem die Technologie einen gewaltigen Sprung nach vorne in Bezug auf die Befreiung der Menschen von der Arbeit erlauben würde. Die “anti-Globalisierungs-Bewegung” muss sich den folgenden Gedanken von Marx

¹⁶ Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Oekonomie (1857/58), Teil II (Fixes Kapital und Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft).

zu eigen machen: “Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch äussere Zweckmässigkeiten bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion.”¹⁷ Das ist eine Ueberlegung, die die MarxistInnen nicht für ihre internen Diskussionen reservieren dürfen, sondern der ganzen “anti-Globalisierungs-Bewegung” unterbreiten müssen.

6. Finanzkapital, Privateigentum und die Perspektiven “nachhaltiger Entwicklung”

Dass der durch das Finanzkapital beherrschte Entwicklungsmodus in eine Sackgasse führt, zeigt auch sein räuberisches Verhalten gegenüber der Natur. Jenen Völkern, deren Existenzbedingungen direkt bedroht sind, sowie den Umweltschutzbewegungen ist es zu verdanken, das ganze Ausmass der Gefahren für Menschheit und Natur erkennbar gemacht zu haben. Zweifellos handelt es sich nicht um ein neues Phänomen. Die durch das Kapital durchgesetzten Produktionsprozesse und Konsummuster haben seit jeher die tatsächlichen Kosten für die Umwelt (sowie die sozialen Kosten) vernachlässigt. Bereits Marx hatte diese Diagnose gestellt und festgehalten: “Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.”¹⁸

Doch die “Ausbeutung der Natur” hat in den letzten 30 Jahren ein Ausmass angenommen, das nicht mehr verschwiegen werden kann. Die den kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnissen entsprechenden Produktionsprozesse (welche die Bürokratien der durch das Staatseigentum geprägten Länder von A bis Z übernommen hatten) beinhalten eine besondere Kombination des Maschinismus mit Rentabilitätsansprüchen des Kapitals, die also auch dessen Umschlaggeschwindigkeit betreffen. Diese Kombination hat dramatische Auswirkungen auf die Plünderung der energetischen Ressourcen. Der Triumph des Automobils und die Bevorzugung des Strassenverkehrs, die beide auf dem übersteigerten “Individualismus der Eigentümer” sowie der Suche nach grösstmöglicher Flexibilität (die “just-in-time” Produktion scheint als einzige “wettbewerbsfähig” zu sein) beruhen, haben beide dasselbe bewirkt, in zunehmendem Masse. Nachdem die multinationalen

¹⁷ Marx, Das Kapital, Band 3, 48. Kapitel (MEW 25, Seite 828).

¹⁸ Marx, Das Kapital, Band 1, Ende des 4. Abschnitts (MEW 23)

Konzerne lange Zeit versuchten, das Ausmass der Schäden zu vertuschen, haben sie nun ihre Haltung geändert. Ihre Lobbyisten und Rechtsberater bevölkern nun zu Tausenden die internationalen Verhandlungen. Sie sind bei der kürzlich eröffneten Klimakonferenz von Den Haag weit zahlreicher vertreten als damals in Kyoto. Sie bestimmen zunehmend die Agenda, den Inhalt und den Rhythmus der Verhandlungen. Es gelingt ihnen, die Regierungen zu drastischen Reduktionen der Umweltschutznormen zu bewegen (zum Beispiel in Bezug auf die Reduktion der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2010). Sie haben erreicht, dass ihre Konzernchefs heute als offizielle Gesprächspartner des UNO-Generalsekretärs im Bereich der nachhaltigen Entwicklung anerkannt werden.

So kommt es, dass die Umweltzerstörung zu einem rentablen Investitionsfeld für das Kapital wird. Die Entstehung von Märkten, auf denen “Umweltverschmutzungs-Rechte” (Emissionsrechte) gehandelt werden, zeigt, welche Folgen die Pläne des Finanzkapitals mit sich bringen. Diese Entwicklung erlaubt es den führenden kapitalistischen Ländern, die die Hauptverantwortung für die CO₂-Emissionen tragen, weiterhin die Luft zu verpesten. Die Normen der finanziellen Bewertung werden auf die Natur ausgeweitet, und bald auch auf die Bildung (die Verallgemeinerung des Ausdrucks “Humankapital” bereitet schon lange die öffentliche Meinung auf die Privatisierung jener Teile des Bildungssystems vor, die noch nach den Prinzipien des Service public funktionieren). Es ist nicht zu übersehen, dass diese Märkte für Emissionsrechte morgen in die globalisierten Finanzmärkte integriert sein werden, und dass die Natur bald auch aus Derivaten im Portfolio der institutionellen Investoren bestehen wird.

Dasselbe geschieht mit dem Wasser. Laut dem UNPD-Bericht¹⁹ dieses Jahres mangelt es 2,4 Milliarden Menschen an korrekter gesundheitlicher Versorgung und hat eine Milliarde Menschen keinen Zugang zu Trinkwasser. Anstatt dieses knapp gewordene Gut vor der Unterwerfung unter die Marktmechanismen zu schützen, haben sich die Regierungen der führenden kapitalistischen Länder dafür entschieden, den Privatisierungsprozess der Wasserversorgung weiter zu beschleunigen. Dies obschon der vorherrschende Produktionsmodus enorme Ungleichheiten hervorbringt.

Rosa Luxemburg hatte bereits erklärt, dass die Akkumulation sowie die Existenz und Entwicklung des Kapitalismus unmöglich sind ohne eine

¹⁹ UNPD ist der Name der UNO-Entwicklungsorganisation (United Nations Project for Development).

ständige Ausweitung in neue Produktionsbereiche und neue Länder. Sie zeigte auf, wie die Waffenproduktion zu einem Akkumulationsfeld des Kapitals geworden war, und gleichzeitig zu einem politischen Instrument der Zentrumsländer, um ihren Produktionsmodus weltweit durchzusetzen. Seit diese Analyse formuliert wurde, ist ein ganzes Jahrhundert vergangen, in dessen Verlauf sich die Grossmächte in zwei Weltkriegen im Kampf um die militärische und wirtschaftliche Vormachtstellung zu besiegen getrachtet haben. Heute versucht der vom Finanzkapital beherrschte Entwicklungsmodus - unfähig, die grundlegenden Bedürfnisse der Mehrheit der Weltbevölkerung zu befriedigen - durch die private Aneignung weiterer Aktivitäten, die bisher dem direkten Zugriff des Kapitals verwehrt blieben (Natur, Bildung), eine neue Dynamik zu erlangen. Dies geschieht ohne dass gleichzeitig der Militarismus rückläufig wäre, wie der neue Zyklus steigender Militärausgaben beweist, den die USA 1999 lanciert haben – jenes Land also, das 36 Prozent der weltweiten Militärausgaben auf sich vereinigt und zusammen mit der NATO (66 Prozent der weltweiten Militärausgaben) den “bewaffneten Arm” bildet, den die “neue Welt-Unordnung” benötigt.

7. Nicht nachlassen im Kampf gegen alle Gesetze, die die Macht der Finanz stärken

Viele sind im Zusammenhang mit dem Kampf für die Tobin-Steuer zur “anti-Globalisierungs-Bewegung” gestossen. Damit haben sie ihre Ablehnung der Macht der Finanz signalisiert und ihrer Verurteilung der gegenwärtigen Formen des Finanzkapitals, seiner parasitären und räuberischen Züge, Ausdruck verliehen. Doch die Mitglieder von ATTAC sind nicht die einzigen innerhalb der “anti-Globalisierungs-Bewegung”, die der Meinung sind, es gelte der totalen Kontrolle, die das Finanzkapital durch Pensions- und Anlagefonds, Versicherungsgesellschaften und internationale Banken über die Unternehmen (und damit über die Regeln der Wertschöpfung und -verteilung) ausübt, einen Riegel zu schieben. Die Maxime des “immer mehr” für die Aktionäre beherrscht heute die Unternehmensführung aller multinationalen Konzerne, in deren Händen die Kontrolle über die Reichtumsproduktion auf weltweiter Ebene liegt. Die Verwaltung und Kontrolle durch das Finanzkapital, lückenlos unterstützt durch die neoliberale Politik der Regierungen, seien sie nun parteipolitisch konservativ oder in Händen der Anhänger des “dritten Weges” (unter denen sich auch die Anführer der französischen Regierung der “Gauche plurielle” befinden, auch wenn sie diesen Ausdruck nicht mögen), bedroht die Lohnabhängigen existentiell und verdammt die Bevölkerung jener

Regionen und Länder zur Armut, die dem Kapital nicht genug rentabel erscheinen.

Die Finanzmärkte, aus denen die institutionellen Investoren und anderen Finanz-Kapitalisten einen guten Teil ihrer ausserordentlichen gesellschaftlichen Macht ziehen, benötigen regelmässig neue liquide Mittel, um zu funktionieren. Es handelt sich um parasitäre Fonds, die nie in richtige Investitionen investieren, sondern einzig Wertpapiere kaufen und verkaufen, im Zuge spekulativer Bewegungen und konjunktureller Schwankungen. Alles, was diesen Märkten neue “Nahrung” zuführt, stärkt zugleich die Macht der Finanz, ihre parasitären Züge und ihren Renten-Charakter: Der unverzichtbare Beitrag von ATTAC an die gesamte “anti-Globalisierungs-Bewegung” besteht aus dieser Erkenntnis. Man kann sich daher nur über die Zurückhaltung wundern, mit der gewisse Kräfte, die behaupten, auf der Seite der “anti-Globalisierungs-Bewegung” zu stehen, die Gesetze zugunsten des “Alterssparens”²⁰ bekämpfen, oder sogar deren “positive Aspekte” begrüßen. In Frankreich geht es dabei um den ersten Schritt zur Einführung von Pensionsfonds. Die Befürworter dieser Gesetze verheimlichen nicht, dass es ihnen darum geht, die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit grundlegend zu verändern. So ist etwa in einem Bericht zuhanden des französischen Premierministers²¹ zu lesen, mit dem Alterssparen gelte es das Fundament für einen neuen Gesellschaftsvertrag zu legen, indem jede(r) Lohnabhängige zu einer/m Aktionär(in) wird. Natürlich lassen diese Pläne Erinnerungen an den Pakt zwischen Kapital und Arbeit im Rahmen der “Mitbestimmung” (participation) aufkommen, wie es im Gründungsprogramm des Gaullismus aufgeführt war und in den 60er Jahren umzusetzen versucht wurde. Der Gaullismus verfolgte diese Ziele in einer Situation kräftigen makro-ökonomischen Wachstums, in der die Lohnabhängigen, reduziert auf den Status von Mitgliedern einer “sozialen Gemeinschaft”, ein paar “Dividenden des Fortschritts” erhalten sollten. Hinter seinen Versprechungen wurden damals die politischen Absichten des Gaullismus, nämlich das Auseinanderbrechen der kollektiven Institutionen zum Schutze des Lohnverhältnisses, korrekt eingeschätzt, und die Niederlage de Gaulles war

²⁰ *Epargne salariale*: Altersvorsorge auf kapitalgedeckter, individualisierter Basis nach dem (privaten) Versicherungsprinzip (und durch Steuererleichterungen gefördert).

²¹ Es handelt sich um den Bericht von De Foucauld-Balligand: *L'épargne salariale au coeur du contrat social*, La Documentation française, 2000. Eine Kritik davon ist im Kapitel “L'épargne salariale ou la capitalisation honteuse” des von Pierre Khalfa und Pierre-Yves Chanu herausgegebenen Buches *Les retraites au péril du libéralisme* (Syllepse, 2000) zu finden.

Ausdruck der eindeutigen Ablehnung seiner Projekte durch die Lohnabhängigen.

Heute kann man sich natürlich damit begnügen festzuhalten, der Aktionär-Lohnabhängige sei fester Bestandteil der neoliberalen Utopie, die uns eine virtuelle Welt beschreibt, in der alle Individuen BesitzerInnen von Humankapital sowie von Eigentumsrechten sind, die sie zu rentabilisieren versuchen. Nur ist diese Utopie, die so alt ist wie der Kapitalismus selbst, Ausdruck von sehr realen politischen und wirtschaftlichen Zielen und Anforderungen. In erster Linie geht es darum, die kollektiven Sicherungssysteme zu zerschlagen, die dem Kapital aufgezwungen worden sind und ihm heute als unerträgliche Kosten erscheinen. In Frankreich ist das Argument, das Alterssparen stelle das "System-der-sozialen-Sicherheit-das-alles-Französischen-und-Franzosen-so-viel-bedeutet" nicht in Frage, nur ein Täuschungsmanöver, hinter dem sich die neuerdings zu diesem Gesetz Bekehrten verstecken, und das in Wirklichkeit nicht einmal der Betrachtung einfacher Tatsachen standhält.

In allen Ländern, in denen es das Alterssparen oder Pensionsfonds gibt, werden sie dazu benutzt, die kollektiven Sicherungssysteme zu schwächen und später zu zerstören, egal ob diese über Lohnprozente wie in Frankreich oder über das Steuersystem finanziert werden. Doch dies ist nur eine Etappe der "grossen Transformation", die dem Kapital vorschwebt. Es geht ihm darum, alle Formen kollektiver Solidarität abzuschaffen, die die Lohnabhängigen im Lauf der Geschichte errichtet haben, und einen Gegensatz herzustellen zwischen jenen, die vom Alterssparen profitieren werden, und der Mehrheit, die unter prekären Verhältnissen arbeiten und, was die soziale Sicherung angeht, von der öffentlichen (oder privaten) Grosszügigkeit abhängig sein wird. Was der französischen Bevölkerung anlässlich der Lesung des Gesetzes über das Alterssparen in der Nationalversammlung vom 4. Oktober 2000 als ein grosser Schritt in die Modernität präsentiert wurde, war in Wirklichkeit bereits im 19. Jahrhundert ein altes Programm. Marx hat damals schon eine sehr aktuelle Einschätzung davon geliefert: "Die Sparkasse ist die goldene Kette, woran die Regierung einen grossen Teil der Arbeiterklasse hält. Sie bekommen so nicht nur ein Interesse an der Erhaltung der bestehenden Zustände. Es tritt nicht nur Spaltung ein zwischen dem Teil der Arbeiterklasse, der an den Sparkassen beteiligt, und dem Teil, der nicht an denselben beteiligt ist. Die Arbeiter liefern so ihren Feinden selbst Waffen in die Hand zur Erhaltung der bestehenden, sie unterjochenden Organisation der Gesellschaft."²²

²² Marx, Lohnarbeit und Kapital, Berlin Verlag neuer Weg, 1946, Seiten 43/44.

Die ehemaligen Lohnabhängigen, die in eine Pensionskasse einbezahlt haben und für ihre Altersrente von der Abschöpfung von Dividenden und Zinsen auf der Wertschöpfung sowie vom Zustand der Finanzmärkte abhängig geworden sind, teilen nun also gemeinsame Interessen mit dem Kapital - das heisst mit jenen, die sich den durch die aktiven Lohnabhängigen produzierten Mehrwert aneignen. Zu dieser Spaltung der Lohnabhängigen kommt eine zweite hinzu, zwischen Nord und Süd. Denn die kapitalgedeckte Altersvorsorge stützt sich auch auf die Aneignung - über die Anlagefonds und im Zuge erfolgreicher Spekulationsgeschäfte - eines Teils des Reichtums, der in den sogenannten "aufstrebenden Ländern" produziert wird. Die Befriedigung der Forderungen der Pensionsfonds und des Rentner-Kapitals führt also zu einer weiteren Vertiefung des Grabens zwischen den Lohnabhängigen der Rentner-Staaten und der Bevölkerung der restlichen Welt und verschärft die neo-imperialistischen Züge der Globalisierung. Wir glauben nicht, dass jene, die eine solche Entwicklung unterstützen oder ganz einfach nicht bekämpfen, eine konsequente "anti-Globalisierungs-Haltung" an den Tag legen.

Dies sind unsere Ueberlegungen, die wir zur Diskussion vorlegen. Wir sind uns bewusst, dass sie durch die Diskussionen, Klärungen und Abänderungen an Qualität gewinnen werden.